

DOKUMENTATION UND ANALYSEN

Die Wahlen zum US-Kongress vom 6. November 2012: Nichts Neues auf Capitol Hill?

Michael Kolkmann

Die Wahlen vom 6. November 2012 haben die Machtverteilung im US-Kongress im Wesentlichen bestätigt. Im Repräsentantenhaus hat die Republikanische Partei im Vergleich zu den Wahlen von 2010 acht Mandate eingebüßt und kommt nunmehr auf 234 Sitze, die Demokraten konnten sich von 193 Sitzen im letzten Kongress auf heute 201 Sitze verbessern. Damit liegen die Republikaner nach wie vor deutlich über der für Gesetzesbeschlüsse erforderlichen Mehrheit von 218 Stimmen. Im Senat haben die Demokraten zwei Mandate von den Republikanern erobern können und stellen nunmehr 53 Senatoren, die Republikaner 45. Hinzu kommen zwei unabhängige Senatoren, die jedoch in der Regel mit den Demokraten stimmen. Trotz dieser Zugewinne kommen die Demokraten nicht auf eine „Supermehrheit“ von 60 Sitzen, die es ihnen erlauben würde, prozedurale Blockaden aufzulösen beziehungsweise zu verhindern.

Der im Januar 2013 zu Ende gegangene 112. Kongress war nach Auffassung unterschiedlicher Beobachter der ineffektivste seit dem Zweiten Weltkrieg. So wurden zum Beispiel im Jahre 2011 nur 83 Gesetze beschlossen, ein Viertel davon betraf die Umbenennung von Postämtern und weitere gesetzgeberisch unbedeutende Themen. Diese Zahlen lassen zwar keinen Rückschluss auf die Qualität der verabschiedeten Vorlagen zu – so verabschiedete etwa der als „Do nothing“ betitelte 80. Kongress (1947 bis 1949) immerhin den Marshall-Plan – aber Auseinandersetzungen um die Fiskalklippe und die Budgets der Jahre 2012 und 2013 deuten an, dass zentrale Vorhaben in der abgelaufenen Wahlperiode nur sehr schwierig durchzusetzen waren.¹ Zugleich ist das öffentliche Ansehen des Kongresses, oder anders formuliert: die Zustimmung zu seiner Arbeit, in den letzten beiden Jahren auf einen bisher nicht bekannten Tiefpunkt gesunken. Nur neun Prozent der Befragten waren im Sommer 2012 mit seiner Arbeit „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“.²

Für die zukünftige Arbeit des 113. Kongresses sind aufgrund der weitgehend unveränderten Machtverhältnisse keine größeren Veränderungen im politischen Prozess zu erwarten.

1 Das Jahr 2012 sah im Vergleich zu 2011 keinen allzu größeren Output, vgl. *Jennifer Steinhaus*, Congress Nearing End of Session Where Partisan Input Impeded Output, in: *The New York Times* vom 18. September 2012; *Rosalind S. Helderman*, Outgoing Congress Proves to Be Unproductive to the End, in: *The Washington Post* vom 30. Dezember 2012.

2 Vgl. *James A. Thurber*, What's Wrong with Congress and What Should Be Done About It?, in: *Iwan Morgan / Philip John Davies* (Hrsg.), *Broken Government? American Politics in the Obama Era*, London 2012, S. 31 – 55, S. 31; *Norman J. Ornstein / Thomas E. Mann*, Yes, Congress is that Bad. America's Unprecedented Political Paralysis is Undermining the U.S. at Home and Abroad, *American Enterprise Institutes*, <http://www.aei.org/article/politics-and-public-opinion/legislative/yes-congress-is-that-bad/> (Abruf am 4. Januar 2013); vgl. auch die ausführlichen Ergebnisse einer Umfrage des vom langjährigen Kongressabgeordneten *Lee Hamilton* geleiteten Centers on Congress at Indiana University, <http://congress.indiana.edu/november-2012-public-opinion-survey> (Abruf am 7. Februar 2013).

Die Diskussion um die Fiskalklippe im Dezember 2012 lässt für die nächsten beiden Jahre ähnliche Kontroversen erwarten, wenn weitere fiskalpolitisch relevante Gesetzesvorhaben und andere von der *Obama*-Administration für prioritär erachtete Themen auf der Agenda stehen. Die Republikanische Führung konnte die Instrumente des majoritär orientierten Repräsentantenhauses nicht nutzen, um eine eigene Vorlage durchzubringen, und erstmals seit mehreren Jahren stimmte eine Minderheit der Mehrheitspartei mit der Opposition. Zugleich ist im Senat die Zahl der Blockadeaktionen einzelner Senatoren auf eine zuvor nicht bekannte Zahl gestiegen.³

Um eine gestärkte Beziehung zum Kongress ist nicht zuletzt der am 21. Januar 2013 feierlich in seine zweite Amtszeit eingeführte Präsident *Barack Obama* gefragt. Stärker noch als in den ersten vier Jahren wird er die seinem Amt zur Verfügung stehenden institutionellen und darüber hinaus auch seine persönlichen Kontakte zum Kongress intensivieren müssen, wenn er zentrale politische Projekte wie eine Reform der Einwanderungsgesetze, eine Verschärfung der Waffengesetze, die dauerhafte Vermeidung einer weiteren Fiskalklippe sowie wichtige Initiativen in der internationalen Politik durchsetzen will.

1. Die Ausgangslage

Zu Beginn des Wahljahres 2012 war die Ausgangslage für die Republikaner im Kongress vorteilhaft.⁴ Zwar mussten sie durch die großen Gewinne in den Wahlen zum Repräsentantenhaus 2010 mehr Wahlkreise als zuvor verteidigen, aber diese Zugewinne waren in Gebieten erfolgt, die für gewöhnlich ohnehin eher republikanerfreundlich abstimmten und von daher einfach zu verteidigen waren. Befördert wurden diese Hoffnungen durch einen vor der Wahl von 2012 erfolgten Neuzuschnitt der Wahlkreise, der seitens der Bundesstaatenparlamente erfolgt war, in denen die Republikaner in den letzten beiden Jahren deutlich im Vorteil waren.⁵

Auf Senatsseite standen turnusgemäß 33 der insgesamt 100 Sitze zur Wahl an. Davon mussten die Demokraten 21 Mandate verteidigen, die Republikaner lediglich zehn. Hinzu kamen zwei unabhängige Senatoren. Auf Demokratischer Seite war die Zahl an Senatoren, die nicht zur Wiederwahl antraten, größer als auf Republikanischer Seite.⁶ Hinzu kam, dass im Jahre 2012 diejenigen Senatoren sich zur Wiederwahl stellen mussten, die sechs Jahre zuvor erfolgreich gewesen waren. Da die Demokraten in jenem Jahr – der Zwischenwahl nach sechs Jahren Amtszeit von Präsident *George W. Bush*, wenn für gewöhnlich die Partei des Präsidenten ohnehin Sitze einbüßt – äußerst erfolgreich waren, konnten sie auch in

3 Vgl. *James A. Thurber*, a.a.O. (Fn. 2), S. 38.

4 Vgl. zu den Ergebnissen der Kongresswahlen von 2010 *Michael Kolkmann*, Die Wahlen zum US-Kongress am 2. November 2010: Herbe Niederlage der Demokraten, aber auch ein Sieg der Republikaner?, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 2, S. 229 – 246.

5 Vgl. *Sean Trende*, A Preview of 2012 Redistricting, in: RealClearPolitics.com vom 11. November 2011, http://www.realclearpolitics.com/articles/2010/11/11/a_preview_of_2012_redistricting_107924.html (Abruf am 30. November 2012).

6 Vgl. *Charlie Cook*, Senate Democrats Earned Every Seat They Won – Thanks to the DSCC, in: National Journal Online vom 15. November 2012, <http://www.nationaljournal.com/columns/cook-report/senate-democrats-earned-every-seat-they-won-thanks-to-the-dsc-20121115> (Abruf am 30. Dezember 2012).

Tabelle 1: Zusammensetzung des Repräsentantenhauses seit 1995 (in Sitzen)

Wahljahr	Kongress	Republikaner	Demokraten
1994	104. (1995-1997)	230	204
1996	105. (1997-1999)	228	206
1998	106. (1999-2001)	223	211
2000	107. (2001-2003)	221	212
2002	108. (2003-2005)	229	205
2004	109. (2005-2007)	232	202
2006	110. (2007-2009)	202	233
2008	111. (2009-2011)	178	257
2010	112. (2011-2013)	240	193
2012	113. (2013-2015)	234	201

Quelle: Clerk of the House, House of Representatives, http://artandhistory.house.gov/house_history/partyDiv.aspx (Abruf am 13. Januar 2013), Stand jeweils zu Beginn der Wahlperiode.

Bundesstaaten gewinnen, die eher Republikanisch geprägt waren. Im Jahr vier nach der Wahl von *Obama* hatte sich die politische Großwetterlage nach vielen Auseinandersetzungen um seine zentralen Vorhaben – erwähnt seien nur die Gesundheitsreform, das Paket zur Ankurbelung der Wirtschaft, die Rettung der Automobilindustrie und eine Verschärfung der Regularien für die Banken- und Finanzwelt – verändert, und es schien zu Beginn des Wahljahres nicht ausgeschlossen, dass die Republikaner neben der Behauptung des Repräsentantenhauses auch die Mehrheit im Senat übernehmen könnten.

2. Die Wahlergebnisse

Landesweit kamen die Demokraten auf 54.301.095 Stimmen und damit 48,8 Prozent. Die Republikanische Partei konnte 53.822.442 Stimmen auf sich vereinigen (48,5 Prozent).⁷ Dennoch stellen die Republikaner im Repräsentantenhaus mit 234 Mandaten die deutliche Mehrheit (vgl. Tabelle 1). Ein Grund für dieses Phänomen ist das so genannte Gerrymandering.⁸ Außerdem konzentrieren sich die Stimmen für die Kandidaten der Demokratischen Partei traditionell in städtisch geprägten Wahlkreisen, die diese mit ungewöhnlich hohen Prozentanteilen gewinnen.⁹ Um in absehbarer Zeit die Mehrheit im Repräsentantenhaus übernehmen zu können, müssten die Demokraten nach Berechnungen von Beobachtern die Kongresswahlen mit mindestens 7,25 Prozentpunkten Vorsprung für sich entscheiden, um die Republikaner begünstigenden Gerrymandering-Effekte auszugleichen.¹⁰ Ein sehr

7 Vgl. Ezra Klein, House Democrats Got More Votes than House Republicans, Yet Boehner Says He's Got a Mandate?, in: „Wonk Blog“ der Washington Post vom 9. November 2012, <http://www.washingtonpost.com/blogs/wonkblog/wp/2012/11/09/house-democrats-got-more-votes-than-house-republicans-yet-boehner-says-hes-got-a-mandate/> (Abruf am 30. Januar 2013).

8 Vgl. dazu ausführlich Kapitel 4: Neuzuschnitt der Wahlkreise und parteipolitische Polarisierung.

9 Vgl. E. J. Dionne Jr., It's Our System on the Cliff, in: The Washington Post vom 24. Dezember 2012.

10 Vgl. Ian Millhiser, Thanks to Gerrymandering, Democrats Would Need to Win the Popular Vote by Over 7 Percent to Take Back the House, in: ThinkProgress.org vom 2. Januar 2013, <http://https://doi.org/10.5771/0340-1758-2013-1-3> – Generiert durch IP 210.73.216.38, am 18.01.2016, 11:14:03. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne geordnete Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in KI-Systemen, KI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.

Tabelle 2: Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Regionen

Region	Republikaner (Sitze)	Demokraten (Sitze)	Regionale Differenz	Republikaner (in Prozent)	Demokraten (in Prozent)	Regionale Differenz
South	108	41	R+67	56	41	R+6.153.045
Midwest	59	35	R+24	49	48	R+405.623
West	39	63	D+24	44	53	D+2.582.084
Northeast	28	62	D+34	38	60	D+5.338.889
Total	234	201	R+33	48	49	D+1.362.305

Quelle: Rhodes Cook, Holding on to a House Majority, Blog „Crystal Ball“ des Center for Politics der University of Virginia, 31. Januar 2013, <http://www.centerforpolitics.org/crystalball/> (Abruf am 4. Februar 2013).

bezeichnendes Beispiel ist der Bundesstaat Pennsylvania: Obwohl die Demokraten insgesamt mehr Stimmen als die Republikaner erzielen konnten, gewannen diese 13 Wahlkreise, die Demokraten lediglich fünf.¹¹

Bundesweit konnten die Republikaner nicht einen einzigen Demokratischen Amtsinhaber schlagen. Auf Demokratischer Seite dagegen musste insbesondere die so genannte „Blue Dog Coalition“ empfindliche Verluste hinnehmen. „Blue Dog Democrats“ sind konservative Demokraten, die sich vor allem fiskal- und wirtschaftspolitischen Themen widmen. Nach der herben Niederlage der Demokraten in den Kongresswahlen von 1994 gegründet, um ihre Partei wieder für moderate und wirtschaftsorientierte Wähler attraktiv zu machen, ist ihre Zahl zuletzt von 54 Mitgliedern im 111. Kongress (2009 bis 2011) über 26 Mitglieder im 112. Kongress (2011 bis 2013) auf nur noch 14 Mitglieder im aktuellen 113. Kongress zurückgegangen.

Ein näherer Blick auf die regionale Verteilung der Stimmenanteile zeigt, dass die Demokraten vor allem im Westen sowie im Nordosten der Vereinigten Staaten erfolgreich waren. Die Republikaner dagegen schnitten vor allem im Mittleren Westen sowie in der bevölkerungsreichsten Region, dem Süden der Vereinigten Staaten, überdurchschnittlich gut ab (vgl. Tabelle 2).

Diese Entwicklung dürfte sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen, da vor allem die Staaten im Nordosten an Bevölkerung – und damit auch an Kongresswahlbezirken – einbüßen, einige Staaten im Süden aber ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum verzeichnen und in den nächsten Jahren Kongresswahlbezirke hinzubekommen werden. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Entwicklungen seit 1960.

Den Demokratischen Parteführern ist es im Wahlzyklus 2012 gelungen, herausragende Kandidaten zu rekrutieren, so dass Wahlen zum Senat selbst in Bundesstaaten gewonnen werden konnten, in denen die Präsidentschaftswahl deutlich zugunsten des Republikaners Mitt Romney ausging, zum Beispiel Indiana, Missouri, Montana und North Dakota.¹² Insgesamt konnten die Demokraten 53, die Republikaner 45 Sitze erzielen (vgl. Tabelle 4).

thinkprogress.org/justice/2013/01/02/1382471/thanks-to-gerrymandering-democrats-would-need-to-win-the-popular-vote-by-over-7-percent-to-take-back-the-house/ (Abruf am 10. Januar 2013).

11 Vgl. E. J. Dionne, a.a.O. (Fn. 9).

12 Vgl. Ronald Brownstein, The Senate's Democratic Coalition is growing more unified, in: National Journal vom 1. Dezember 2012.

Tabelle 3: Veränderungen in der Anzahl von Sitzen nach Regionen

Region	Nach 1960	Nach 2010	Differenz
East	108	79	-29
Midwest	125	94	-31
South	133	161	+28
West	69	102	+33
Gesamt	435	435	-

Quelle: Steven S. Smith / Jason M. Roberts / Ryan J. Vander Wielen, The American Congress, New York 2011, S. 14.

Bundesweite Aufmerksamkeit fand die Senatswahl in Massachusetts. Hier musste der Republikaner *Scott Brown*, der nach dem Tode des langjährigen Senators *Edward Kennedy* in einer Nachwahl im Januar 2010 die Demokratin *Martha Coakley* überraschend besiegen konnte, seinen Sitz verteidigen. *Brown* und seine Herausforderin von den Demokraten, *Elizabeth Warren*, lagen nahezu während des gesamten Wahlkampfes in den Umfragen gleichauf. Am Ende konnte sich *Warren* mit 53,7 zu 46,2 Prozent durchsetzen.¹³ Mit Ausgaben von mehr als 70 Millionen Dollar fand hier einer der teuersten Wahlkämpfe in der Geschichte des Senats statt. Im Kontext der Finanzkrise war *Warren*, die als Hoffnungsträgerin der Demokraten gilt, ab 2007 Leiterin des Aufsichtsgremiums des Kongresses zur Untersuchung des „Troubled Asset Relief Programs (TARP)“ sowie zuletzt Vorsitzende des „Consumer Financial Protection Bureaus“.¹⁴ Ex-Senator *Brown* hätte dennoch bald ein Kollege der Neu-Senatorin *Warren* werden können. Nach der Berufung des zweiten Senators von Massachusetts, *John Kerry*, zum neuen Außenminister der Vereinigten Staaten wird in wenigen Monaten eine Nachwahl erfolgen müssen.¹⁵ *Brown* zählte dabei ursprünglich zu den aussichtsreichsten Kandidaten, hat jedoch Anfang Februar 2013 bekannt gegeben, nicht für *Kerry*s Sitz kandidieren zu wollen.¹⁶

Ebenfalls einen der teuersten Wahlkämpfe der Geschichte absolvierte die Republikanische Kandidatin *Linda McMahon*, die sich um einen offenen Senatssitz in Connecticut bewarb, nachdem der langjährige Senator und 2000 als „Running Mate“ des Präsidentschaftskandidaten *Al Gore* kandidierende *Joe Lieberman* nicht wieder antrat.¹⁷ Trotz des Einsatzes von mehr als 48 Millionen Dollar aus ihrem Privatvermögen für die Vor- und Hauptwahl verlor *McMahon* gegen den Demokraten *Chris Murphy*, der nur 20 Prozent dieser Summe für

13 Vgl. *Martin Finucane / Stephanie Ebbert / Mark Arsenault*, Fiery Consumer Advocate Elizabeth Warren Beats Scott Brown in Massachusetts Senate Race, in: Boston.com vom 11. Juli 2012, <http://www.boston.com/metrodesk/2012/11/06/polls-close-mass-suspense-builds-race-for-senate/sBRjd1kjA1q5fiQRA2xcL/story.html> (Abruf am 30. November 2012).

14 Vgl. *Katharine Q. Seelye*, A New Senator, Known Nationally, and Sometimes Feared, in: The New York Times vom 10. November 2012.

15 *Kerry* wurde am 29. Januar 2013 vom Senat bestätigt und trat sein neues Amt am 1. Februar 2013 an, vgl. The Washington Post, New Secretary of State *John Kerry* Starts Work, Says He Has “Big Heels to Fill”, 4. Februar 2013.

16 Vgl. *Katharine Q. Seelye*, Brown Decides Against Massachusetts Senate Bid, in: The New York Times vom 1. Februar 2013.

17 Vgl. *Manu Raju / Molly Ball*, Joe Lieberman Won’t Seek Reelection in 2012, in: Politico.com vom 18. Januar 2011, <http://www.politico.com/news/stories/0111/47758.html> (Abruf am 13. Januar 2013).

seinen Wahlkampf einsetzen konnte, deutlich mit 55 zu 43 Prozent. Schon bei den Wahlen von 2010 war sie nach Einsatz von 50 Millionen Dollar am Demokraten *Richard Blumenthal* gescheitert.¹⁸

<i>Tabelle 4: Zusammensetzung des Senats seit den Kongresswahlen 1994 (in Sitzen)</i>			
Wahljahr	Kongress	Republikaner	Demokraten
1994	104. (1995-1997)	52	48
1996	105. (1997-1999)	55	45
1998	106. (1999-2001)	55	45
2000	107. (2001-2003)	50 (49)	50 (50+1)
2002	108. (2003-2005)	51	48+1
2004	109. (2005-2007)	55	44+1
2006	110. (2007-2009)	49	49+2
2008	111. (2009-2011)	41	57+2
2010	112. (2011-2013)	47	51+2
2012	113. (2013-2015)	45	53+2

Anmerkung: Die Demokraten fungierten im 107. Kongress dank Vizepräsident *Al Gore* in seiner Eigenschaft als Präsident des Senats bis zum 20. Januar 2001 als Mehrheitspartei. Mit Amtsantritt der *Bush*-Administration hatte Vizepräsident *Dick Cheney* die entscheidende 101. Stimme im Senat. Durch den Austritt des Senators *Jim Jeffords* (Vermont) aus der Republikanischen Fraktion und Partei übernahmen die Demokraten am 6. Juni 2001 erneut die Mehrheit. Vom 12. November 2002 bis zum 3. Januar 2003 stellten die Republikaner die Mehrheitspartei. Zwei Senatoren im 113. Kongress sind Unabhängige; sie stimmen in der Regel mit den Demokraten.

Quelle: Webseite des US-Senats, http://senate.gov/pagelayout/history/one_item_and_teasers/partydiv.htm (Abruf am 13. Januar 2013).

Besondere mediale Aufmerksamkeit fand auch die Senatswahl in Missouri. Hier musste die Demokratische Amtsinhaberin *Claire McCaskill* ihren Sitz gegen den Republikanischen Kandidaten *Todd Akin* verteidigen. *Akin* war zur Zeit des Wahlkampfes Mitglied im Repräsentantenhaus in Washington und sorgte im August 2012 mit kontroversen Äußerungen zur Abtreibungsfrage bundesweit für Schlagzeilen, die ihn in die Defensive brachten und das für viele Wähler hochemotionale Thema ganz nach oben auf der Agenda platzierten.¹⁹ Am Wahltag verlor *Akin* mit Missouri einen Staat mit sechzehn Prozentpunkten Unterschied, den zugleich der Republikanische Präsidentschaftskandidat *Mitt Romney* mit fast zehn Prozentpunkten Vorsprung für sich entscheiden konnte.²⁰ Mit einem ähnlichen Problem sah sich der Republikaner *Richard Mourdock* in Indiana konfrontiert.²¹ Sein Gegenkandidat, *Joe Donnelly* von den Demokraten, gewann den Staat letztlich deutlich mit 50 zu 44 Prozent, während Präsident *Barack Obama* diesen Staat mit 44 zu 54 Prozent an *Romney* verlor. An *Murdock* war bereits in den Vorwahlen in der ersten Jahreshälfte 2012 der als politisch

18 Vgl. *Sean Sullivan*, The Biggest Self-Funder of 2012, in: The Washington Post vom 28. Dezember 2012.

19 Vgl. *Jennifer Steinhauer*, Akin Controversy Stirs Up Abortion Issue in Campaign, in: The New York Times vom 21. August 2012.

20 Vgl. *Sean Sullivan*, The Biggest Turning Points of the 2012 election, in: The Washington Post vom 28. Dezember 2012.

21 Vgl. *Jonathan Weisman*, Rape Remark Jolts a Senate Race, and the Presidential One, Too, in: The New York Times vom 25. Oktober 2012.

moderat geltende langjährige Senator *Richard Lugar* (R-Indiana) gescheitert, der seit 1977 dem Senat angehört hatte. In dieser Zeit war er unter anderem in den Jahren 1987 bis 1995 und 2003 bis 2007 Vorsitzender des prestigeträchtigen Ausschusses gewesen.

In Texas konnte sich der von der Tea Party unterstützte Kandidat *Ted Cruz* gegen den Demokraten *Paul Sadler* mit 56 zu 40 Prozent durchsetzen, nachdem die langjährige Senatorin *Kay Bailey Hutchison* nicht wieder kandidiert hatte. Überraschender als *Cruz'* Sieg in der Hauptwahl im Republikanisch dominierten Texas war, dass er in der Vorwahl den überaus populären stellvertretenden Gouverneur des Staates, *David Dewhurst*, besiegen konnte, der allein aus seinem Privatvermögen mehr als 20 Millionen Dollar in den Vorwahlkampf investiert hatte.²²

Wie in den Kongresswahlen des Jahres 2010²³ hat die Unterstützung äußerst konservativer und teilweise extremer Kandidaten durch die Tea Party also dazu geführt, dass die Demokraten mehrere Senatswahlkämpfe gewinnen konnten, die mit gemäßigteren Kandidaten auch an die Republikanische Partei hätten gehen können.

Mit der Demokratin *Tammy Baldwin* gewann in Wisconsin erstmals eine bekennende lesbische Kandidatin einen Sitz im Senat. Zuvor war sie bereits sieben Wahlperioden lang Abgeordnete im Repräsentantenhaus gewesen.²⁴ In Maine, wo die langjährige Senatorin *Olympia Snowe* nicht wieder angetreten war, setzte sich der unabhängige Kandidat *Angus King* mit 53 Prozent der Stimmen gegenüber *Charlie Summers* von den Republikanern (31 Prozent) und *Cynthia Dill* von den Demokraten (13 Prozent) durch. Er ist damit nach dem Ausscheiden von *Joe Lieberman* – neben *Bernie Sanders* (Vermont) – einer von zwei unabhängigen Mitgliedern des Senats. Beide stimmen aber für gewöhnlich mit der Demokratischen Fraktion.

3. Die Zusammensetzung des 113. Kongresses

Auch wenn der Kongress in seiner Zusammensetzung nach wie vor im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung deutlich männlicher, wohlhabender und weißer ist, zeigt der aktuelle 113. Kongress eine Diversität wie nie zuvor. Von den 435 derzeitigen Mitgliedern des Repräsentantenhauses (und sechs Delegierten) sind 81 Frauen (61 Demokratinnen und 20 Republikanerinnen). Weiterhin sind 42 Abgeordnete afroamerikanischer Herkunft (ausschließlich Demokraten). Elf haben asiatisch-amerikanische Vorfahren (allesamt Mitglieder der Demokratischen Fraktion), und zwei sind indianischer Abstammung (jeweils ein Demokrat und ein Republikaner). 35 Mitglieder sind hispanischer Herkunft (27 Demokraten und acht Republikaner).²⁵ Mit *Joseph P. Kennedy III.* (D-Massachusetts) ist erstmals seit mehreren Jahren auch wieder ein Mitglied der Kennedy-Familie im Repräsentantenhaus vertreten.

22 Vgl. *Sean Sullivan*, a.a.O. (Fn. 20).

23 Vgl. *Wolfgang Tönnesmann*, Political Earthquake? Obamas Mandat, die Midterm Elections und die Auswirkungen auf seine Präsidentschaft, in: *Florian Böller / Jürgen Wilzewski* (Hrsg.), Weltmacht im Wandel. Die USA in der Ära Obama, Trier 2012, S. 23 – 55.

24 Vgl. *Michael R. Grynbaum*, Fickle Wisconsin Sends a Trusty Progressive to the Senate, in: The New York Times vom 9. November 2012.

25 Vgl. die Details auf der Webseite des Repräsentantenhauses, <http://housepressgallery.house.gov/member-data/demographics> (Abruf am 13. Januar 2013).

Das Repräsentantenhaus des 113. Kongresses weist einerseits 82 neue Mitglieder auf, davon sind 35 Republikaner und 47 Demokraten.²⁶ Sieben Abgeordnete, die mit den Wahlen von 2012 neu ins Repräsentantenhaus eingezogen sind, waren schon früher Mitglied in dieser Kammer: *Matt Salmon* (R-Arizona), *Alan Grayson* (D-Florida), *Bill Foster* (D-Illinois), *Rick Nolan* (D-Minnesota), *Carol Shea Porter* (D-New Hampshire), *Dina Titus* (D-Nevada), und *Steve Stockman* (R-Texas).²⁷ Andererseits schieden mit Beginn des 113. Kongresses mehrere prominente und äußerst erfahrene Abgeordnete aus. So ist *Barney Frank* (D-Massachusetts) nach 22 Jahren im Repräsentantenhaus nicht erneut zur Wahl angetreten. Auch der letzte Präsidentschaftskandidat der Republikaner, *Ron Paul* aus Texas, ist nicht wieder angetreten. Schließlich ist auch der langjährige Abgeordnete und ebenfalls frühere Präsidentschaftskandidat *Dennis Kucinich*, Demokrat aus Ohio, ausgeschieden. Kurz nach seiner erfolgreichen Wiederwahl trat zudem der Demokratische Abgeordnete *Jesse Jackson Jr.* (Illinois) aus gesundheitlichen Gründen zurück. Im weiteren Jahresverlauf wird in diesem Wahlkreis eine Nachwahl stattfinden.²⁸

Mit *Allen West* (R-Florida) verlor die Tea Party eine Galionsfigur.²⁹ Nicht nur deshalb scheint der Vormarsch dieser ultrakonservativen Gruppierung zunächst gebremst.³⁰ In der Debatte um die Fiskalklippe Ende des Jahres 2012 waren ihre Aktivisten ungewöhnlich zurückhaltend und verzichteten darauf, die öffentliche Debatte mitzuprägen, obwohl sie zentrale Forderungen der Bewegung berührte. Im Repräsentantenhaus gehören heute mindestens 51 Abgeordnete zum so genannten „Tea Party Caucus“, einer Arbeitsgruppe, die sich um die Umsetzung von klassischen Themen der Tea Party im parlamentarischen Prozess bemüht.³¹ Im Senat zählen hierzu nicht mehr als 15 oder 16 Mitglieder.

In den Senat sind bei den Wahlen im November 2012 zwölf Neulinge eingezogen: drei Republikaner, acht Demokraten und ein Unabhängiger.³² Hinzu gekommen ist seit den Wahlen außerdem *Tim Scott*, den die Gouverneurin von South Carolina, *Nikki R. Haley*, zum Nachfolger von *Jim DeMint* bestimmt hat, der im Dezember 2012 angekündigt hatte, sein Senatorenamt aufzugeben und als Direktor zum konservativen Forschungsinstitut der Heritage Foundation wechseln zu wollen.³³ Darüber hinaus ist der President pro tempore des Senats, *Daniel K. Inouye*, am 17. Dezember 2012 verstorben. Seit 1963 hatte er seinen Heimat-Bundesstaat Hawaii vertreten und war damit dienstältester Senator gewesen. Zuvor war er seit 1959, dem Beitreten Hawaiis zur US-amerikanischen Republik, Mitglied im Repräsentantenhaus gewesen. Für *Inouye* hat der Gouverneur von Hawaii, *Neil Abercrombie*, selbst ein früheres Mitglied im Repräsentantenhaus (1986 bis 1987 sowie 1991 bis 2010),

26 Vgl. *Emily Goodin*, Portrait of the 113th Congress, in: The Hill vom 3. Januar 2013.

27 Vgl. ebenda.

28 Gegen *Jackson* wurde allerdings auch von Seiten des FBI ermittelt, vgl. *Monica Davey*, Rep. Jesse Jackson Jr. Resigns, Facing Illness and Inquiry, in: The New York Times vom 21. November 2012.

29 Vgl. *Jeremy W. Peters*, 113th Congress: This Time, it's Out With the New, in: The New York Times vom 9. Dezember 2012.

30 Vgl. *Trip Gabriel*, Clout Diminished, Tea Party Turns to Narrower Issues, in: The New York Times vom 25. Dezember 2012.

31 Vgl. *Nate Silver*, In House of Representatives, an Arithmetic Problem, in: 538blog der New York Times vom 21. Dezember 2012, <http://fivethirtyeight.blogs.nytimes.com/2012/12/21/in-house-of-representatives-an-arithmetic-problem> (Abruf am 5. Januar 2013).

32 Vgl. *Emily Goodin*, a.a.O. (Fn. 26).

33 Vgl. *Daniel Henninger*, Sen. DeMint to Head Heritage Foundation, in: The Wall Street Journal vom 6. Dezember 2012.

am 26. Dezember 2012 seinen stellvertretenden Gouverneur *Brian Schatz* als Nachfolger berufen.³⁴

Unter den zwölf neuen Senatsmitgliedern des 113. Kongresses befinden sich vier Frauen. Insgesamt sind damit 20 Prozent aller Senatsmitglieder weiblich – der höchste Wert in der Geschichte dieser Kammer. Vier Senatorinnen gehören der Republikanischen Partei an, die übrigen 16 sind Mitglied der Demokratischen Partei.³⁵ Dem 112. Kongress hatten 17 Senatorinnen angehört.

4. Neuzuschnitt der Wahlkreise und parteipolitische Polarisierung

Um eine möglichst gleichmäßige Repräsentation der Wählerschaft in allen 435 Wahlkreisen des Repräsentantenhaus zu gewährleisten, ist der amerikanische Gesetzgeber durch die Rechtsprechung nach dem Urteil des Supreme Courts *Wesberry vs. Sanders* (1964) angehalten, alle Wahlkreise in etwa gleich groß zu gestalten. In jedem Wahlkreis finden sich heute circa 680.000 Einwohner. Alle zehn Jahre – zuletzt im Jahre 2010 – erfolgt eine Volkszählung („census“), auf deren Basis die Wahlkreise bei Bedarf neu zugeschnitten werden. Zuständig für diesen Neuzuschnitt sind in der Regel die Parlamente der Bundesstaaten, in denen mehrheitlich die Republikaner über die Mehrheit verfügen. Insgesamt konnten diese nach dem „census“ von 2010 vier Mal so viele Wahlkreise neu zuschneiden wie die Demokraten.³⁶ Nur dreizehn der fünfzig Bundesstaaten haben für diesen Zweck unabhängige Kommissionen eingerichtet. Auch auf die Wahlen vom November 2012 hatte das „redistricting“, insbesondere in seiner Form des „gerrymandering“, einen nachhaltigen Einfluss. Unter „gerrymandering“ versteht man den Neuzuschnitt von Wahlkreisen zum politischen Vorteil einer Partei.³⁷

Aus Tabelle 5 lässt sich eine Wanderung aus den industriellen Staaten des Nordostens in den sonnigen Süden ablesen. Seit der Volkszählung im Jahre 1980 lebt eine Mehrheit der Amerikaner im so genannten „sun belt“ (heute sind es circa sechzig Prozent).³⁸ Durch das pro Dekade einmal stattfindende „redistricting“ wandern die Kongresssitze mit. Allein nach der letzten Volkszählung im Jahre 2010 waren dies zwölf Kongresswahlkreise beziehungsweise Wahlmännerstimmen. So verfügt der „sun belt“ heute über 263 Sitze im Repräsentan-

34 Vgl. *Rosalind S. Helderman*, Brian Schatz Sworn in to Fill Inouye's Senate Seat, in: *The Washington Post* vom 27. Dezember 2012.

35 Vgl. *Emily Goodin*, a.a.O. (Fn. 26).

36 Vgl. *Sean Sullivan*, a.a.O. (Fn. 20).

37 Dieser Begriff ist benannt nach *Elbridge Gerry*, einem früheren Gouverneur des Bundesstaates Massachusetts, dessen Wahlkreis im Jahre 1812 nach einem Neuzuschnitt laut eines zeitgenössischen Karikaturisten der äußeren Form eines Salamanders glich; vgl. grundsätzlich zum „gerrymandering“ *Roger H. Davidson / Walter J. Oleszek / Frances E. Lee*, Congress and Its Members, Washington DC 2012, S. 49 – 58; *Bruce I. Oppenheimer*, Deep Red and Blue Congressional Districts: The Causes and Consequences of Declining Party Competitiveness, in: *ders. / Lawrence C. Dodd* (Hrsg.), Congress Reconsidered, Washington DC 2005, S. 135 – 157, S. 141 ff.; zu aktuellen Entwicklungen vgl. *Robert Draper*, The League of Dangerous Mapmakers, in: *The Atlantic* vom Oktober 2012.

38 Vgl. *Peter Lösche*, Einleitung, in: *ders. / Anja Ostermann* (Hrsg.), Die Ära Obama, Bonn 2012, S. 12 – 30, S. 19.

Tabelle 5: Veränderungen im Neuzuschnitt der Wahlkreise vor und nach der Volkszählung von 2010

Bundesstaat	Gesamtzahl Wahlkreise	Gewonnene/Verlorene Wahlkreise
Arizona	11	+1
Florida	29	+2
Georgia	16	+1
Illinois	20	-1
Iowa	6	-1
Louisiana	8	-1
Massachusetts	11	-1
Michigan	16	-1
Missouri	10	-1
Nevada	6	+1
New Jersey	14	-1
New York	29	-2
Ohio	18	-2
Pennsylvania	20	-1
South Carolina	9	+1
Texas	38	+4
Utah	6	+1
Washington	12	+1

Quelle: Kristin D. Burnett, Congressional Apportionment, 2010 Census Briefs, November 2011, <http://www.census.gov/prod/cen2010/briefs/c2010br-08.pdf> (Abruf am 12. Februar 2013).

tenhaus, der so genannte „frost belt“ im Nordosten über lediglich 172 Sitze.³⁹ Tabelle 3 zeigt die Dynamik dieser Entwicklung seit 1960.

Offen ist, welcher politischen Partei diese Entwicklung in Zukunft stärker nutzen wird beziehungsweise ob dies überhaupt prognostizierbar ist. So sind es auf den ersten Blick vor allem die Republikanisch dominierten Staaten im Süden, die Wahlkreise hinzugewonnen haben und weiter hinzugewinnen werden, so zum Beispiel Texas (plus 4), Arizona (plus 1) und Georgia (plus 1), während die eher Demokratisch orientierten Staaten im Nordosten Wahlkreise verlieren, so etwa New York (minus zwei), Ohio (minus zwei) und Pennsylvania (minus 1). Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass die Republikanische Mehrheit in vielen Staaten von Demokraten-freundlichen Wählergruppen gleichsam unterwandert wird. So habe *Obama* nicht zufällig in den Jahren 2008 und 2012 Bundesstaaten gewonnen, die als Republikanisch eingeschätzt wurden beziehungsweise werden (Virginia, Colorado, Nevada, etc.).⁴⁰ Was die Wahl 2012 auch gezeigt hat, ist das Abschmelzen der traditionellen Republikanischen Wählergruppen in absoluten Zahlen (Weiße, Ältere, etc.), während die Gruppen, die Präsident *Obama* und seine Demokraten unterstützt haben, im Wachsen begriffen sind, zum Beispiel ethnische Minderheiten, Frauen, jüngere Wähler.⁴¹ Hinzu kommt, dass bei den ethnischen Minderheiten die Wahlbeteiligung deutlich unter dem landesweiten

39 Vgl. ebenda.

40 Vgl. zu dieser Argumentation ebenda, S. 20.

41 Die Exit Polls des Nachrichtensenders CNN finden sich hier: <http://edition.cnn.com/election/2012/results/race/president> (Abruf am 14. Dezember 2012).

Durchschnitt liegt, so dass hier für beide Parteien noch ein großes Potenzial an Stimmen auszuschöpfen ist. Die zukünftigen Auswirkungen dieser Entwicklungen auf das Wählerverhalten sind also weitgehend offen.

Nur noch ein kleiner Teil der 435 Wahlkreise des Repräsentantenhauses ist wirklich kompetitiv. In den Kongresswahlen von 2004 betrug diese Zahl nach Analyse von Kongressbeobachtern 26, im Jahre 2006 waren es 65, um sich 2008 über 68 und 2010 über 85 bis hin zu 60 Wahlkreisen im Jahre 2012 zu entwickeln.⁴² Die meisten Wahlkreise werden dabei mit großem Stimmenvorsprung gewonnen. So wurden in den Wahlen vom November 2012 85,1 Prozent aller Wahlkreise jeweils mit mehr als 55 Prozent der Stimmen gewonnen, lediglich in 14,9 Prozent der Wahlkreise konnten sich die Gewinner mit weniger Prozentpunkten durchsetzen.⁴³ In dieser Situation ist es nicht mehr entscheidend, wer die Hauptwahl gewinnt, sondern wer sich in den Vorwahlen durchsetzen kann. Daran beteiligen sich allerdings nur wenige Parteianhänger; seit 1986 waren es im Durchschnitt 18,8 Prozent.⁴⁴ Dies sind vor allem die Parteaktivisten, die überzeugten Anhänger an der Basis, was dazu führt, dass die bei den Republikanern aufgestellten Kandidaten in der Regel konservativer und die Demokratischen Kandidaten (links)liberaler als die Durchschnittsbevölkerung sind, denn hier geht es nicht um den Konsens der Wähler, sondern der Parteianhänger. Waren nach Einschätzung von *James Thurber* in den 1970er Jahren noch etwa 30 Prozent der Abgeordneten im Repräsentantenhaus moderat, so ist die Anzahl heute auf etwa fünf bis acht Prozent zusammengeschmolzen.⁴⁵

Zum ersten Mal, seit das National Journal vor mehr als 30 Jahren damit begonnen hat, Abstimmungen des Senats auszuwerten, ist kein Demokrat im Senat, der konservativer wäre als der (links)liberalste Republikaner. Das politische Zentrum ist nicht kleiner geworden, es ist weitgehend verschwunden – und das, obwohl es im Kongress anders als in „parlamentarischen“ Parlamenten lange Zeit in Sachfragen keine fest gefügte Fraktionsdisziplin gab. Zur gleichen Zeit ist die Zahl der so genannten „party unity votes“, in denen eine Mehrheit der einen Partei gegen eine Mehrheit der anderen Partei stimmt, stark angestiegen. In den letzten Jahren lag diese Zahl nach Berechnungen des Congressional Quarterly bei über achtzig Prozent der namentlichen Abstimmungen, in den 1960er Jahren betrug dieser Wert noch unter fünfzig Prozent.⁴⁶

Zudem ist diese parteidpolitische Polarisierung asymmetrisch, denn auf Republikanischer Seite gibt es mit der Tea Party eine Gruppierung, die nicht an Kompromissen und überparteilicher Verständigung interessiert ist, sondern sogar in Kauf nimmt, dass es zum politischen Stillstand kommt. Im Senat wird diese Polarisierung zum Beispiel durch die so genannten „Gingrich Republicans“ befördert, zu denen inzwischen etwa ein Drittel der Republikanischen Senatoren zu zählen ist – Politiker, die unter dem damaligen Speaker *Newt Gingrich* (1995 bis 1999) ihr politisches Handwerk lernten und einen aggressiven politischen Stil pfleg(t)en. *Gingrich* hatte als einfacher Kongressabgeordneter im Jahre 1989 mit dafür ge-

42 Vgl. *James A. Thurber*, a.a.O. (Fn. 2), S. 36.

43 Vgl. *Chris Cillizza*, Why Congress is so Partisan – In 2 Charts, in: Washington Post Online vom 12. Dezember 2012, <http://www.washingtonpost.com/blogs/the-fix/wp/2012/12/12/why-congress-is-so-partisan-in-2-charts> (Abruf am 19. Dezember 2012).

44 Vgl. ebenda.

45 Vgl. *Debbie Siegelbaum*, Death of the Political Center, in: The Hill vom 20. September 2011.

46 Vgl. *James A. Thurber*, a.a.O. (Fn. 2), S. 35 f.

Tabelle 6: „Divided“ und „unified government“ im amerikanischen Regierungssystem seit 1995

Zeitraum	Weißes Haus	Repräsentantenhaus	Senat
104. Kongress (1995-1997)	D	R	R
105. Kongress (1997-1999)	D	R	R
106. Kongress (1999-2001)	D	R	R
107. Kongress (2001-2003)	R	R	R/D
108. Kongress (2003-2005)	R	R	R
109. Kongress (2005-2007)	R	R	R
110. Kongress (2007-2009)	R	D	D
111. Kongress (2009-2011)	D	D	D
112. Kongress (2011-2013)	D	R	D
113. Kongress (2013-2015)	D	R	D

Quelle: Eigene Zusammenstellung; zur Situation im 107. Kongress vgl. die Anmerkungen in Tabelle 4.

sorgt, dass der damalige Speaker *Jim Wright* (D-Texas) nach internen Untersuchungen zu vermeintlichen ethischen Verfehlungen sein Amt verlor.⁴⁷ Grundsätzlich nutzten *Gingrich* und seine Anhänger nach dem Wahlsieg von 1994 im Rahmen der „Republican Revolution“ die parlamentarischen Regeln des Repräsentantenhauses deutlich stärker als frühere Parteiführer dazu, auf den einseitigen parteipolitischen Vorteil zu setzen und eine offensiv-aggressive Strategie zur innerparlamentarischen Marginalisierung der Minderheitspartei der Demokraten anzuwenden.⁴⁸ Wie aus Tabelle 7 hervorgeht, folgt das parlamentarische Procedere im Senat zum Teil anderen Regeln, die stärker auf Einigung und überparteilichen Kompromiss sowie eine stärkere Einbeziehung der Minderheitspartei angelegt sind, will man überhaupt zu Politikergebnissen gelangen. Hinzu kommt, dass Senatoren sich im Vergleich zu den Mitgliedern des Repräsentantenhauses eher als Politikgeneralisten, nicht als Politikspezialisten, sehen und der Senat über weitgehendere Befugnisse in außenpolitischen Fragen verfügt. Durch eine in den letzten Jahren häufigere Wahl von Mitgliedern des Repräsentantenhauses in den Senat droht nun auch dessen Tätigkeit stärker als gewohnt von parteipolitischem Kalkül bestimmt zu werden. Seit 1789 betrug der Anteil der Senatsmitglieder, die zuvor bereits Mitglied im Repräsentantenhaus waren, laut einer Studie der Universität Minnesota durchschnittlich 31 Prozent (606 von knapp 2.000 Senatoren). Im aktuellen 113. Kongress beläuft sich diese Zahl auf mehr als 50 Prozent.⁴⁹

Die seit vielen Jahren konstatierte parteipolitische Polarisierung in den politischen Institutionen – die sich auch in den Auseinandersetzungen um die Erhöhung der Schuldenobergrenze und der Fiskalklippe ausgedrückt hat – hat nur vordergründig mit „divided government“ zu tun, der Konstellation also, in der die eine große Partei eine oder beide Kammern

47 Vgl. zu den Hintergründen *John M. Barry*, The Ambition and the Power. The Fall of Jim Wright. A True Story of Washington, New York 1989.

48 Vgl. *Thomas E. Mann / Norman J. Ornstein*, The Broken Branch, Oxford 2006, S. 96 – 140.

49 Vgl. *Eric Ostermeier*, More than Half of Senators in 113th Congress First Served in House, in: Blog der Humphrey School of Public Affairs der University of Minnesota vom 14. Dezember 2012, http://blog.lib.umn.edu/cspg/smartpolitics/2012/12/more_than_half_of_senators_in_1.php (Abruf am 3. Januar 2013); vgl. auch *Debbie Siegelbaum*, a.a.O. (Fn. 45); *Thomas E. Mann / Norman J. Ornstein*, Let's Just Say It: The Republicans are the Problem, in: The Washington Post vom 27. April 2012.

des Kongresses und die andere große Partei das Weiße Haus dominiert (vgl. Tabelle 6). Dieser Zustand muss nicht zwangsläufig zu Stillstand („gridlock“) führen; Präsident Bill Clinton hat zum Beispiel nach dem Verlust der Demokratischen Kongressmehrheiten in den Zwischenwahlen von 1994 in einer Reihe von Politikfeldern durchaus erfolgreich mit dem Republikanisch dominierten Kongress kooperiert.

Die seit den 1970er Jahren zunehmende Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verschärft.⁵⁰ Unabhängig von den beschriebenen Entwicklungen ist diese Tendenz nicht so überraschend, wie es scheint, „denn dort, wo es wirklich ums Ganze geht, weil die Unterschiede markant und eindeutig sind – da wird auch politisches Engagement stets besonders lebendig sein. Man kann nicht gleichzeitig eine aktive Bürgerschaft und großen gesellschaftlichen Konsens haben; wo es um viel geht, da wird auch erbittert darüber gestritten“⁵¹.

5. Senat und Repräsentantenhaus: ungleiche Kammern

Während das Repräsentantenhaus nach dem „Great Compromise“⁵² stark hierarchisch organisiert und von festen prozeduralen Regeln bestimmt wird, verfügen die Senatoren über nahezu gleich großes Vetopotenzial (vgl. Tabelle 7). Mit Hilfe des „Rules Committee“, in dem die Mehrheitspartei eine übergroße Mehrheit besitzt und dessen Mitglieder direkt vom Speaker ernannt werden, kann die Parteiführung der Mehrheitspartei im Repräsentantenhaus direkten und effektiven Einfluss auf die Beratungen der Kammer nehmen: Eine „open rule“ zum Beispiel erlaubt längere Debatten und eine Vielzahl von Änderungsanträgen, eine „closed rule“ dagegen begrenzt die Dauer einer Debatte und macht es der Minderheitspartei nahezu unmöglich, eigene Vorstellungen durchzusetzen. Es überrascht nicht, dass seit Mitte der 1990er Jahre die Zahl der „closed rules“ exorbitant angestiegen ist. Solche majoritären Instrumente gibt es im Senat nicht. Hier kommt es auf die Zustimmung aller Senatsmitglieder an, wenn die Parteiführer der Demokraten und Republikaner Vorlagen zur Diskussion und dann zur Abstimmung bringen wollen. Im Gegensatz zum mehrheitsorientierten Repräsentantenhaus ist die Machtverteilung im Senat deutlich stärker egalitär gestaltet. Mit

50 Vgl. The Pew Research Center for the People and the Press, Partisan Polarization Surges in Bush, Obama Years, 4. Juni 2012, <http://www.people-press.org/2012/06/04/partisan-polarization-surges-in-bush-obama-years> (Abruf am 30. November 2012); Maik Bohne, Polarized Politics – Zum Zustand des amerikanischen Parteiensystems, in: Christoph Haas / Wolfgang Jäger (Hrsg.), *What a President Can – Barack Obama und Reformpolitik im Systemkorsett der USA*, Baden-Baden 2012, S. 69 – 84; Torben Lütjen, Dividved We Stand: Warum Amerika so gespalten ist, in: Peter Lösche / Anja Ostermann (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 38), S. 121 – 145.

51 Torben Lütjen, ebenda, S. 143.

52 Zwischen den 13 Gründungskolonien gab es im Jahre 1787 in den Verfassungsberatungen ursprünglich unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie das Parlament zusammengesetzt sein sollte. Während sich die bevölkerungsreicher Kolonien nach dem Virginia-Plan für eine Verteilung der Mandate entsprechend der jeweiligen Bevölkerungsgröße aussprachen, bestanden die kleineren Kolonien laut des New Jersey-Plans auf einer egalitären Verteilung. Der am Ende erzielte Kompromiss bestand darin, dass der Senat mit zwei Senatoren pro Bundesstaat egalitär ausgestaltet wurde, während die Mandate im Repräsentantenhaus nach Einwohnerzahl auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt wurden, vgl. Donald A. Ritchie, *The U.S. Congress. A Very Short Introduction*, Oxford 2010, S. 1 f.

Tabelle 7: Strukturelle und funktionale Unterschiede zwischen US-Repräsentantenhaus und US-Senat

Repräsentantenhaus	Senat
Kurze Mandatsdauer (zwei Jahre)	Lange Mandatsdauer (sechs Jahre)
Plenumsarbeit folgt festen Regeln	Plenumsarbeit folgt häufig genereller Übereinstimmung („unanimous consent“)
Kleinere Wählerschaft	Breitere, heterogenere Wählerschaft
Politikspezialisten	Politikgeneralisten
Geringere Medienwirksamkeit	Breite und nachhaltige Medienwirksamkeit
Eher ungleichmäßige Machtverteilung	Eher gleichmäßige Machtverteilung
Eher zügiger Politikprozess im Plenum	Nicht so zügiger Politikprozess im Plenum
Eher parteiisch	Eher etwas unparteiisch
Eng gesetzte Grenzen der Debatte	Unbegrenzte Debatte zu fast jeder Vorlage
Arbeitsmodus betont die Mehrheitsregel	Traditionen und Praxis betonen Minderheitenrechte

Quelle: Zusammenstellung nach *Walter J. Oleszek*, a.a.O. (Fn. 53), S. 27.

dem Instrument des Filibusters hat jeder Senator die Möglichkeit, den politischen Prozess zu verzögern oder sogar ganz zum Stillstand zu bringen. Unter einem Filibuster, den der amerikanische Senat seit 1806 kennt, versteht man die Dauerrede eines Senators, um eine Diskussion oder Abstimmung über eine Gesetzesvorlage zu verzögern beziehungsweise ganz zu verhindern. In der Regel hofft der entsprechende Senator darauf, dass während der Dauerrede ein Kompromiss zwischen beiden Fraktionen erzielt wird, mit dem er eher leben kann als mit der ursprünglichen Vorlage. Nicht zufällig wird diese Taktik die „nuclear option“ genannt, denn damit bringt man andere Senatoren gegen sich auf. Beendet werden kann ein Filibuster nur durch die Zustimmung von 60 (früher 67) Senatoren.⁵³ Die entscheidende Zahl im Senat beträgt demnach 60 Stimmen, nicht 50. Zu Beginn der Amtszeit von Präsident *Obama* verfügten die Demokraten über eine solche Filibuster-sichere Mehrheit von 60 Stimmen. Im Januar 2010 büßten sie diese jedoch in der Nachwahl zu Senator *Edward Kennedy*s Sitz ein. In den letzten Monaten ist eine kontroverse Diskussion darüber entflammt, ob die Regeln des Filibusters geändert werden sollen.⁵⁴

Beispielhaft können diese Veränderungen anhand der Haushaltspolitik studiert werden: „When people call Congress dysfunctional, when they say it's not working well, the budget process is Exhibit A in that charge. It's a very serious problem. The world's greatest democracy cannot produce a budget.“⁵⁵ Seit 1976 haben die beiden Kammern des Kongresses erst zweimal das jährliche Haushaltsgesetz pünktlich zum 30. September eines Jahres verabschiedet. Entsprechend hat die Zahl der „continuing resolutions“, also die befristete Gewährung von Finanzmitteln bis zur endgültigen Entscheidung über das jährliche Budget, stark zuge-

53 Vgl. zum Filibuster *Walter J. Oleszek*, Congressional Procedures and the Policy Process, Washington DC 2010, S. 272 – 283; *Steven S. Smith / Jason M. Roberts / Ryan Vander Wielen*, The American Congress, New York 2011, S. 231 – 239; *C. Lawrence Evans / Daniel Lipinski*, Obstruction and Leadership in the U.S. Senate, in: *Bruce I. Oppenheimer / Lawrence C. Dodd* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 37), S. 227 – 248, S. 228 ff.

54 Vgl. zu den Details *Jeffrey Toobin*, Can the Senate be saved?, in: The New Yorker Online vom 20. November 2012, <http://www.newyorker.com/online/blogs/comment/2012/11/can-the-senate-be-saved.html> (Abruf am 7. Februar 2013).

55 Zitiert in *James A. Thurber*, a.a.O. (Fn. 2), S. 39.

nommen. Allein im Jahre 2000 brauchte es 21 dieser Resolutionen, bis sich der damalige Präsident *Clinton* und die Republikaner im Kongress auf ein Budget einigen konnten.⁵⁶ Dass die Kontrolle der Regeln durch die Führungsmannschaft der Mehrheitspartei nicht zugleich bedeutet, gewünschte Vorlagen zur Abstimmung bringen zu können, illustriert die Auseinandersetzung über die Fiskalklippe im Dezember 2012 und Januar 2013.

6. Diskussion über das „fiscal cliff“ im Dezember 2012 und Januar 2013

Nach der kontroversen Diskussion über die Erhöhung der Schuldenobergrenze⁵⁷ im Sommer 2011 kam es gegen Ende des Jahres 2012 erneut zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Demokraten und Republikanern. Erstmals seit über einem Jahrzehnt Republikanischer Kontrolle ist dabei am Neujahrstag 2013 im Repräsentantenhaus eine Vorlage verabschiedet worden, die von einer Mehrheit der Republikanischen Abgeordneten abgelehnt worden war.⁵⁸ Damit ist erstmals die vom früheren Speaker *Dennis Hastert* (1999 bis 2007) aufgestellte Regel gebrochen worden, die besagte, dass *Hastert* als Speaker nur dann eine Vorlage zur Abstimmung ins Plenum gelangen lassen würde, wenn eine „Mehrheit der Mehrheit“, also die Mehrheit in der eigenen Republikanischen Fraktion, mit Ja stimmen würde.⁵⁹

Nach mehreren vergeblichen Versuchen, eine eigene Vorlage namens „Plan B“ zur Abstimmung zu bringen, hat der Speaker des Repräsentantenhauses, *John Boehner* (R-Ohio), letztlich über die zuvor bereits vom Senat verabschiedete Vorlage abstimmen lassen.⁶⁰ Schlussendlich stimmten nur 85 der 241 Republikanischen Abgeordneten dafür (das entspricht einem Anteil von 35 Prozent). Da aber 172 der 191 Demokratischen Abgeordneten ebenfalls mit Ja votierten (90 Prozent), kam eine Mehrheit von 257 zu 167 Stimmen zustande.⁶¹ Interessanterweise stimmten sowohl der Mehrheitsführer *Eric Cantor* (R-Virginia) als

56 Vgl. ebenda, S. 38 f. Als ein grundsätzliches Problem wird in der Regel die Tatsache gesehen, dass die Kongressmitglieder inzwischen als Mitglieder des „Tuesday-to-Thursday-Clubs“ nur noch wenige Tage pro Woche in Washington sind und die restliche Zeit im Wahlkreis verbringen. Im Jahre 2011 war das Repräsentantenhaus zum Beispiel an weniger als 100 Tagen „in session“, das ist die geringste Zahl seit 60 Jahren, vgl. ebenda, S. 43, S. 46.

57 Vgl. für eine detaillierte Chronik dieser Vorlage *David Corn*, Showdown. The Inside Story of How Obama Battled the GOP to Set Up the 2012 Election, New York 2012, S. 178 – 277; ebenso *Robert Draper*, Do Not Ask What Good We Do. Inside the U.S. House of Representatives, New York 2012.

58 Vgl. *Karen Tumulty / Peter Wallsten*, Has the ‘Fiscal Cliff’ Fight Changed How Washington Works?, in: The Washington Post vom 3. Januar 2013.

59 Vgl. *Michael Catalini*, Boehner Broke the Hastert Rule, Says Hastert, in: National Journal Online vom 21. Dezember 2012, <http://www.nationaljournal.com/blogs/influencealley/2012/12/boehner-broke-the-hastert-rule-says-hastert-21> (Abruf am 30. Dezember 2012). Obgleich nach *Hastert* benannt, hat sich auch *Hasterts* Vorgänger *Newt Gingrich* auf diese Vorgehensweise gestützt, vgl. *John Feehery*, Majority of the Majority, in: The Hill vom 1. August 2011.

60 Vgl. *Karen Tumulty*, Tax Fight Sends GOP Into Chaos, in: The Washington Post vom 22. Dezember 2012.

61 Vgl. *Janet Hook / Corey Boles / Siobhan Hughes*, Congress Passes Fiscal Cliff, in: The Wall Street Journal vom 2. Januar 2013. Noch wenige Tage zuvor hatte *Boehner* gesagt: „I’m not interested in passing something with mostly Democrat votes“, vgl. *Jake Sherman / John Bresnahan*, Fiscal Cliff Action Shifts to Senate, in: Politico.com vom 27. Dezember 2012, <http://www.politico.com/story/2012/12/fiscal-cliff-action-shifts-to-senate-85550.html> (Abruf am 30. Dezember 2012).

auch der Mehrheits-Whip der Republikanischen Fraktion *Kevin McCarthy* (R-California) dagegen, Speaker *Boehner* dafür. Die Politikwissenschaftler *Thomas Mann* und *Norman Ornstein*, die vor einigen Jahren dem Kongress bescheinigten, eine „broken branch“ zu sein, sehen die Republikanische Fraktion eindeutig als hauptverantwortlich für die derzeitige Lage: „The GOP has become an insurgent outlier in American politics. It is ideologically extreme, scornful of compromise, unmoved by conventional understanding of facts, evidence and science; and dismissive of the legitimacy of its political opposition. When one party moves this far from the mainstream, it makes it nearly impossible for the political system to deal constructively with the country's challenges.“⁶²

Dieses Vorgehen rund um die Fiskalklippe signalisierte eine Abkehr des Weißen Hauses vom Vorgehen bei früheren Projekten. Hatte man zuvor auf die Verständigung mit den Republikanischen Führern im Repräsentantenhaus gesetzt, so wählte man dieses Mal zentrale Mitglieder des Senats als erste Ansprechpartner. Letzten Endes waren es vor allem Vizepräsident *Joe Biden* und der Republikanische Minderheitsführer im Senat, *Mitch McConnell*, die in einem mehrstündigen Telefongespräch die Details des Übereinkommens festzurrten. Da die Verantwortlichen auf beiden Seiten im Senat schnell klar gemacht hatten, dass man nicht über eine womöglich im Vermittlungsausschuss („conference committee“) ausgearbeitete Kompromissvorlage abstimmen würde (die meisten Senatoren hatten Washington zu diesem Zeitpunkt bereits wieder verlassen), waren die Republikaner im Repräsentantenhaus vor die Alternative gestellt, zumindest in Teilen der Fraktion für die Vorlage zu stimmen oder ein Scheitern des Vorhabens in Kauf zu nehmen.⁶³

7. Der Präsident als „legislator-in-chief“

Die klassische präsidentielle Funktionslogik eines politischen Systems der „checks and balances“, wie wir es in den Vereinigten Staaten vorfinden, beruht auf Machtdiffusion und Machtteilung. Die direkten Einwirkungsmöglichkeiten des Präsidenten auf die Legislative sind begrenzt. Da die Abgeordneten und Senatoren ihr Mandat im Regelfall nicht ihrer Partei beziehungsweise „ihrem“ Präsidenten verdanken – auch wenn er derselben politischen Partei angehören sollte – gilt ihre allererste und höchste Loyalität ihrem Wahlkreis, in dem sie wiedergewählt werden möchten, um ihre Arbeit in Washington fortsetzen zu können. Selbst „unified government“ verhilft dem Präsidenten nicht zwangsläufig zu legislativen Erfolgen, wie sich an der Gesundheitsreform *Obamas* ablesen lässt, die er trotz Demokratischer Mehrheiten in beiden Häusern nur mit großer Mühe durch den Kongress brachte.

„I am part of the legislative process“, betonte im Jahre 1959 der damalige Präsident *Dwight D. Eisenhower*. Dem amerikanischen Präsidenten fehlen jedoch Möglichkeiten und Wege, die einem Regierungschef in einem parlamentarischen System wie dem der Bundes-

62 *Thomas E. Mann / Norman J. Ornstein*, a.a.O. (Fn. 49); ausführlicher in: *dies.*, It's Even Worse Than It Looks. How the American Constitutional System Collided With the Politics of Extremism, New York 2012, S. 31 – 80.

63 Vgl. *Jonathan Weisman*, Tax Deal Shows Possible Path Around House G.O.P. in Fiscal Fights to Come, in: The New York Times vom 2. Januar 2013. Ob diese Strategie auch in Zukunft Erfolg haben kann, muss abgewartet werden. Senator *McConnell* muss sich im November 2014 der Wiederwahl stellen und dürfte im Vorfeld dieser Wahl sicher nicht bestrebt sein, allzu weit auf die Forderungen der Demokraten einzugehen.

republik oder dem Großbritanniens für gewöhnlich zustehen.⁶⁴ Selbst wenn der Präsident und seine Partei über Mehrheiten in den beiden Kammern des Kongresses, „the first branch of government“⁶⁵, verfügen sollten, ist damit nicht automatisch garantiert, dass wichtige Vorhaben des Präsidenten auch von den Abgeordneten und Senatoren der eigenen Seite unterstützt werden. So hat der Präsident, der aufgrund der Agendasetting-Möglichkeiten zwar „legislator-in-chief“ genannt wird, kein direktes Initiativrecht. Auch fehlen ihm vielfältige Patronageressourcen personeller wie finanzieller Art, um Stimmen für seine zentralen Vorhaben gewinnen zu können. Aufgrund des Inkompabilitätsgebotes gehört er selbst dem Kongress nicht an. Schließlich ist er gezwungen, mit dem gegebenen Kongress zu kooperieren, da er diesen nicht auflösen kann (umgekehrt kann ihn der Kongress nur bei strafrechtlich relevanten Vergehen durch ein Impeachment-Verfahren aus dem Amt entfernen).⁶⁶ Letztendlich bleibt dem Präsidenten mit den Worten von *Richard E. Neustadt* nur seine Überzeugungskraft, denn „presidential power is the power to persuade“⁶⁷.

Gemäß der Klassifizierung von Präsidenten und ihren Beziehungen zum Kongress nach *Charles O. Jones* hat sich *Obama* in den ersten vier Jahren seiner Amtszeit wohl eher des „independent models“ der exekutiv-legislativen Beziehungen bedient, bei dem der Präsident sich nur begrenzt in den Politikprozess im Kongress einmischt und ansonsten seine Prioritäten anderweitig thematisiert, etwa durch die Strategie des „Going Public“⁶⁸. *Jones* grenzt diese Strategie vom „partnership model“ ab, bei dem der Präsident die Kongressmitglieder direkt und häufig in die konkrete politische Arbeit involviert.⁶⁹ Präsident *Obama* wird in seiner zweiten Amtszeit seine legislativen Prioritäten klarer als in den vergangenen vier Jahren benennen müssen. Vor allem wird er sich deutlich intensiver für eine Verabschiedung dieser Prioritäten im Kongress einsetzen müssen: „Whether the tea party freshmen have or haven't been obstructionist can be debated, but when a president has virtually no relationship with members of his own party and congressional leaders of the opposite party, he's hurting himself and his agenda.“⁷⁰ Wird er wie in der ersten Amtszeit versuchen, auf die andere Seite zuzugehen, auch wenn man dort nicht an Kompromiss und Konsens interessiert ist? Oder tritt er stärker als Parteipolitiker auf, der probieren wird, die zentrale Agenda der Demokratischen Partei in zähem Ringen mit den Republikanern zu verwirklichen? Der Streit um die Fiskalklippe mag einen Vorgeschmack auf zukünftige Auseinandersetzungen zwischen Republikanern und Demokraten einerseits sowie zwischen Kongress und Präsident

64 Vgl. grundlegend dazu *Benjamin Zeitler*, Politische Führung im klassischen Präsidentialismus: die USA, in: *Martin Sebaldt / Henrik Gast* (Hrsg.), Politische Führung in westlichen Regierungssystemen, Wiesbaden 2010, S. 173 – 195; *Jürgen Wilzewski*, Suspending the Imperial Presidency? Obama und das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative, in: *Florian Böller / ders.* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 24), S. 59 – 87.

65 *Thomas E. Mann / Norman J. Ornstein*, a.a.O. (Fn. 48), S. 14 ff.

66 Vgl. zum Verhältnis von Präsident und Kongress *Charles O. Jones*, The Presidency in a Separated System, Washington DC 2005, S. 221 – 253; *Roger H. Davidson / Walter J. Oleszek / Frances E. Lee*, a.a.O. (Fn. 37), S. 281 – 312.

67 *Richard E. Neustadt*, Presidential Power, New York 1960, S. 23.

68 *Roger H. Davidson / Walter J. Oleszek / Frances E. Lee*, a.a.O. (Fn. 37), S. 289 – 292; der Politikwissenschaftler *Samuel Kernell* hatte bereits 1986 diesen Begriff geprägt, vgl. *ders.*, Going Public. New Strategies of Presidential Leadership, Washington DC 2006.

69 Vgl. *Charles O. Jones*, a.a.O. (Fn. 66), S. 221 – 338.

70 *Charlie Cook*, Advice to Obama: Make More Friends in Congress, in: National Journal vom 8. November 2012.

Obama andererseits gegeben haben.⁷¹ Auf der Agenda stehen Verhandlungen um die erneute Anhebung der Schuldenobergrenze, eine Neuregelung der Einwanderungspolitik, das Budget für das Haushaltsjahr 2014 sowie andere zentrale budgetäre Fragen ganz oben. So sind unter anderem die Bewilligungsgesetze („Appropriations Bills“) für das Fiskaljahr 2013 nur zunächst bis zum 31. März 2013 finanziert. Ein Angebot der Republikaner zu Beginn des Jahres 2013, die Schuldengrenze für zunächst drei Monate anzuheben, hat zunächst keine positive Reaktion der *Obama*-Administration hervorgerufen.

8. Ausblick

Am 3. Januar 2013 ist *John Boehner* nach 2011 ein zweites Mal zum Speaker des Repräsentantenhauses gewählt worden.⁷² Mit 220 Stimmen konnte er im ersten Wahlgang nicht alle Stimmen seiner Fraktion auf sich vereinigen und nur knapp die benötigte absolute Mehrheit überspringen. Insgesamt neun Republikanische Abgeordnete votierten für jemand anderes als *Boehner*. Der Abgeordnete *Steve Stockman* (Texas) stimmte etwa mit „present“, während zwei weitere Abgeordnete, *Paul Labrador* (Idaho) und *Mick Mulvaney* (South Carolina), demonstrativ auf die Abstimmung verzichteten, obwohl sie im Plenarsaal anwesend waren.⁷³

Im Repräsentantenhaus wird sich auch bei den nächsten Wahlen im November 2014 das Redistricting bemerkbar machen. Für die Demokraten wird es sehr schwierig werden, im besten Falle mehr als nur ein paar Wahlkreise hinzuzugewinnen, denn die Partei des Präsidenten verliert in den Zwischenwahlen der zweiten Amtszeit für gewöhnlich Kongressmandate. Wie oben gesehen, sind die Demokraten ohnehin durch den Neuzuschnitt der Wahlkreise mindestens bis zum nächsten Zensus im Jahre 2020 benachteiligt. Effektive Reformvorschläge, die Kongresswahlen stärker kompetitiv gestalten würden, werden bislang nur in Medien und Wissenschaft, nicht jedoch von den politischen Akteuren selbst debattiert.⁷⁴

Auf Senatsseite stehen die Demokraten erneut vor einer großen Herausforderung. Von den 33 Sitzen, die 2014 zur Wahl stehen werden, müssen sie mit 20 erneut die Mehrheit verteidigen. Von den 13 Sitzen, die gegenwärtig von Republikanern gehalten werden, befindet sich mit Maine nur einer in einem Staat, den *Obama* 2012 gewinnen konnte. In den übrigen Staaten waren die besten Ergebnisse *Obamas* in Alabama (minus 13 Prozentpunkte gegenüber dem Wahlergebnis seines Republikanischen Kontrahenten *Mitt Romney*), Georgia (minus acht Punkte), in Mississippi (minus zwölf Punkte) und in South Carolina (minus zehn Punkte). Die anderen Staaten variieren von minus 16 Punkten in Texas bis hin zu minus 34 Prozentpunkten in Oklahoma; die Chancen der Demokraten, die Zahl ihrer Senatoren zu erhöhen, sind demnach als eher gering einzuschätzen. Zur Wahl stehen dabei außerdem diejenigen Mitglieder der Demokratischen Fraktion, die 2008, im Jahr des deutlichen Wahlsieges *Obamas*, ihre Bundesstaaten gewinnen konnten, einige davon auf Repu-

71 Vgl. *Karen Tumulty / Peter Wallsten*, a.a.O. (Fn. 58); *Jonathan Weisman*, a.a.O. (Fn. 63).

72 Vgl. *Jonathan Weisman*, *Boehner Retains Speaker's Post, But Dissidents Nip at His Heels*, in: *The New York Times* vom 3. Januar 2013; vgl. auch *Sheryl Gay Stolberg*, *Liked, But Not Feared, Boehner Keeps a Job Some Might Ask Why He Wants*, in: *The New York Times* vom 4. Januar 2013.

73 Vgl. *Sara Murray / Patrick O'Connor*, *New Congress Faces Same Partisan Divisions*, in: *The Wall Street Journal* vom 3. Januar 2013.

74 Vgl. *Josh Kraushaar*, *Why Reforming the Primary Process Would Produce a More Productive Congress*, in: *National Journal* vom 6. Februar 2013; *James A. Thurber*, a.a.O. (Fn. 2), S. 46 – 49.

blikanischem Territorium.⁷⁵ Vier Demokraten stehen in Bundesstaaten zur Wahl, die *Obama* 2012 mit mehr als 15 Prozentpunkten Unterschied verloren hat: Louisiana (minus 17), Arkansas (minus 24), West Virginia (minus 27) und South Dakota (minus 18). Mit jeweils 14 Punkten Unterschied verlor *Obama* zudem in Alaska und in Montana. Drei weitere Bundesstaaten, in denen Demokraten 2014 zur Wahl stehen, sind klassische „Swing States“, das heißt Bundesstaaten, die in Präsidentschaftswahlen mit weniger als fünf Punkten Unterschied gewonnen wurden: North Carolina, Virginia und Colorado.⁷⁶ Zwei Demokratische (*Tom Harkin* in Iowa und *Jay Rockefeller* in West Virginia⁷⁷) und ein Republikanischer Amtsinhaber (*Saxby Chambliss* in Georgia⁷⁸) haben bislang erklärt, nicht wieder zur Wahl antreten zu wollen. Fünfzehn Demokraten und elf Republikaner werden wieder kandidieren, die übrigen Senatoren haben sich noch nicht erklärt. Für die Republikaner wird viel davon abhängen, ob es den Verantwortlichen in der Parteiführung gelingt, den Einfluss der Tea Party in den Vorwahlen zurückzudrängen beziehungsweise zu neutralisieren und so dafür zu sorgen, dass nicht allzu extreme Kandidaten für die Republikaner in der Hauptwahl antreten und damit chancenlos sind. Nur mit einer zweistufigen Strategie hat die Partei überhaupt eine Chance, 2014 eine Mehrheit im Senat zu erringen: zunächst sehr gute und erfolgversprechende Kandidaten zu rekrutieren und diese dann unbeschadet durch die Vorwahlen zu bringen.⁷⁹ Um die Mehrheit im Senat stellen zu können, müssten die Republikaner sechs Sitze hinzugewinnen. Dies würde zum Beispiel gelingen, wenn man in sechs der sieben Bundesstaaten erfolgreich wäre, die derzeit Demokratische Senatoren stellen, aber in den Präsidentschaftswahlen von 2012 von *Romney* gewonnen wurden.⁸⁰

Speaker *Boehner*, der ranghöchste Republikaner im Kongress und damit zugleich der natürliche Gegenspieler zum Demokratischen Präsidenten *Obama*, steckt in den nächsten beiden Jahren in einem Zwiespalt: Unfähig, in wichtigen fiskal- und budgetpolitischen Fragen eine eigene Mehrheit auf die Beine zu stellen, läge ein Ausweg im Zugehen auf die Abgeordneten der Demokratischen Seite. Dies wiederum würde Mitglieder der eigenen Fraktion davon abhalten, für diese Vorlagen zu stimmen. Man darf gespannt sein, wie der Speaker in den nächsten beiden Jahren diese Quadratur des Kreises angehen wird.

75 Vgl. *Josh Kraushaar*, 2014 Senate Picture Promising for GOP, With Right Candidates, in: National Journal Online vom 11. Dezember 2012, <http://www.nationaljournal.com/columns/against-the-grain/2014-senate-picture-promising-for-gop-with-right-candidates-20121128> (Abruf am 10. Januar 2013); *Charlie Cook*, Image Problem, in: National Journal Online vom 29. November 2012, <http://www.nationaljournal.com/columns/off-to-the-races/the-gop-s-image-problem-20121126> (Abruf am 10. Januar 2013).

76 Vgl. ebenda.

77 Vgl. *Jeff Zeleny*, Tom Harkin of Iowa Won't Seek Reelection to Senate, in: The New York Times vom 26. Januar 2013; *Rachel Weiner*, Jay Rockefeller Won't Run in 2014, in: The Washington Post vom 11. Januar 2013.

78 Vgl. *Rachel Weiner*, Saxby Chambliss Retiring in 2014, in: The Washington Post vom 25. Januar 2013.

79 Vgl. *Josh Kraushaar*, The GOP's Latest Challenge: Stopping the Next Todd Akin, in: National Journal vom 30. Januar 2013, <http://www.nationaljournal.com/columns/against-the-grain/the-gop-s-latest-challenge-stopping-the-next-todd-akin-20130130> (Abruf am 1. Februar 2013); *Jeff Zeleny*, Top Donors to Republicans Seek More Say in Senate Races, in: The New York Times vom 2. Februar 2013.

80 Das wären im Einzelnen Alaska, Arkansas, Louisiana, Montana, North Carolina, South Dakota und West Virginia; vgl. *Josh Kraushaar*, a.a.O. (Fn. 74).